

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Zeitspreis an die Abonnenten von der Redaktion: monatlich 1.00, vierteljährlich 2.80, halbjährlich 5.50, jährlich 10.00. / Die Anzeigenpreise sind in der Preisliste angegeben. / Die Anzeigen werden in der ersten Spalte des Blattes zu dem billigsten Preise angenommen. / Die Anzeigen werden in der ersten Spalte des Blattes zu dem billigsten Preise angenommen. / Die Anzeigen werden in der ersten Spalte des Blattes zu dem billigsten Preise angenommen.

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Amtshauptmannschaft Weissen, für das Amtsgeschäft und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Nr. 72

Sonntag den 28. März 1920

79. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Fettverteilung.

Auf den Abschnitt Q der Landesfettkarte sowie auf die Kantonsbutterkarten werden auf die Zeit vom 29. März bis 4. April 1920 50 g Butter ausgegeben. / Außerdem werden für jeden Versorgungsberechtigten und Selbstversorger des Kommunalverbandes Weissen-Land auf Reihe II Abschnitt 6 der Landesfettkarte 50 g Auslandsbutter und 50 g Speisefett verteilt. / Der Preis für 50 g Auslandsbutter beträgt 0,90 M., für 50 g Speisefett 1,25 M.

Weissen, am 26. März 1920.
Nr. 361 II O.

Kommunalverband Weissen-Land.

Lebensmittelverteilung im Kommunalverband Weissen-Land.

In der Woche vom 28. März bis 3. April 1920 werden im Bezirke des Kommunalverbandes Weissen-Land folgende Lebensmittel verteilt:

- a) auf grüne Nahrungsmittelkarten Reihe III Abschnitt 4
- | | |
|----------------------------|----------------------------|
| 1/2 Pfund Weizengrieß | Preis für die Dose 0,92 M. |
| 2 Dosen kondensierte Milch | Preis für die Dose 4,— |
| 1 Tüte Hartkäse | Preis für die Tüte 1,— |

- b) auf gelbe Nahrungsmittelkarten Reihe III Abschnitt 4
- | | |
|-------------------------|----------------------------|
| 1/4 Pfund Hafersflocken | Preis für die Dose 1,80 M. |
|-------------------------|----------------------------|
- c) auf goldgelbe Nahrungsmittelkarten Reihe III Abschnitt 4
- | | |
|---------------------------|----------------------------|
| 1/2 Pfund Weizengrieß | Preis für die Dose 0,92 M. |
| 1 Dose kondensierte Milch | Preis für die Dose 4,— |
- d) auf sämtliche Lebensmittelkarten Reihe III Abschnitt 4
- | | |
|--|----------------------------|
| 1/2 Pfund ausl. Hülsenfrüchte (Erbsen u. Bohnen) | Preis für die Dose 4,50 M. |
| 1/2 Pfund inl. Marmelade | Preis für die Dose 3,70 „ |

Die Händler haben sich wegen des Bezuges der Waren unterzogen mit ihren Handelsstellen in Verbindung zu setzen.

Ein Verkauf vor der angezeigten Zeit darf nicht erfolgen.

Weissen, am 26. März 1920.

Reg. Nr. 320 f II F.

Die Amtshauptmannschaft.

In das Güterrechtsregister ist heute eingetragen worden, daß die Verwaltung und Nutzung des Willy Bernhard Hantsch, Gasthofsbesitzer in Kesselsdorf, an dem Vermögen seiner Ehefrau Klara Elisabeth Hantsch geb. Kroy in Kesselsdorf durch Ehevertrag vom 23. März 1920 ausgeschlossen worden ist.

Wilsdruff, am 26. März 1920.

A. Reg. 71/20.

Amtsgericht.

Rücktritt des Reichskabinetts.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Das gesamte Reichskabinett hat seine Entlassung gegeben. Mit der Neubildung wurde Außenminister Müller beauftragt.
- Der Ministerialdirektor beim Reichspräsidenten Krüger hat wegen politischer Meinungsverschiedenheiten mit dem Reichspräsidenten seinen Abschied nachgeschickt, der ihm bewilligt worden ist.
- Der Frontbericht der Roten Armee demontiert jetzt selbst die Nachricht, daß Babel genommen worden ist.
- Die bisherige Zahl der Opfer in Babel durch die Beschichtung wird auf 22 Tote und 40 Verwundete angegeben.
- Die Zahl der Verwundeten bei dem Explosionsunglück in Bantisch beläuft sich auf über 100.
- Abgeordneter Traub hat am 13. März seinen Austritt aus der Deutschen Nationalen Volkspartei erklärt.

Rücktritt des Reichskabinetts.

Außenminister Müller mit der Neubildung beauftragt?

In letzter Stunde erwachsen der Umbildung des Reichsministeriums, die Donnerstagabend schon als feststehend erschienen, große Schwierigkeiten. Von Seiten der Gewerkschaften, denen in den bei Beendigung des Generalstreiks vereinbarten Bedingungen Einwirkung auf die Neubesetzung eingeräumt wurde, erhob sich Widerspruch gegen das Verbleiben des Reichsministers Schiffer im Amt. Man warf ihm vor, sich mit der Kapp-Regierung überhaupst in Verhandlungen über die Beendigung des Streiks eingelassen zu haben. Auch gegen die Übernahme der Nachfolge Erbbergers im Finanzministerium durch den Direktor der Hamburg-Amerika-Linie Cuno verstand sich der Widerspruch nicht, auch Schilde als Arbeitsminister wie bisher blieb nicht ohne Anfechtung.

In der Schiffer-Frage scheiterte schließlich die Umbildung und Reichsfinanzler Bauer reichte infolgedessen Freitag vormittag 11 Uhr die Demission des Gesamtkabinetts ein. Reichspräsident Ebert hat dem Minister des Auswärtigen, Herrn Hermann Müller, der sozialdemokratischen Partei angehört, mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt.

Wie der Vorwärts mitteilt, habe Müller von vornherein auf dem Standpunkt gestanden, daß die Demission des Gesamtkabinetts unumvermeidlich sei und daß ein Kabinett der republikanischen Verteidigung, ein Kampfkabinett gegen rechts an seine Stelle treten müsse.

Ferner wurde bekannt, die Sozialdemokratie habe die Ansicht vertreten, daß dem Einsprüche der Gewerkschaften stattgegeben werden müsse, während die Demokraten Schiffer keinesfalls fallen lassen wollten und aus dieser Frage eine Kabinettsfrage für ihre ganze Partei machten. Eine Freitag nachmittag ausgegebene W.-L.-B.-Mitteilung berichtete, der Reichspräsident habe noch keine Entscheidung darüber ge-

trossen, wen er mit der Neubildung beauftragen werde. Daraus wurde geschlossen, die Mission Müllers sei gleich im Anfang gescheitert. Aus parlamentarischen Kreisen will ein Berliner Abendblatt gehört haben, der Rücktritt Bauers sei auch darauf zurückzuführen, daß die Gewerkschaften die Forderung an Bauer richteten, er solle ein Kabinett bilden aus Mitgliedern der Unabhängigen, Mehrheitssozialisten und dem Zentrum.

Die Frage einer reinen Arbeiterregierung tritt mit dieser neuen Situation wieder in den Vordergrund. Das behauptet auch die „Freiheit“, das Organ der Unabhängigen, während der „Vorwärts“ bemerkt, da die Bedenkliehkeiten der Unabhängigen die Bildung einer solchen Regierung sehr erschwere, so würde man schon zufrieden sein müssen, wenn ein neues Kabinett aus zuverlässigen Republikanern zustande käme, das sich den berechtigten Ansprüchen der Arbeiterschaft nicht verschleße und den Kampf gegen die Rechte mit voller Schärfe aufnehme. Der rechtschreibende „Votal-Anzeiger“ ist der Meinung, der Anhang anderer innerpolitischen Ungläcks liege in der schroffen Einseitigkeit der Parteiherrschaft, die die Parteien der Linken aufgerichtet haben. Je länger sie andauere, desto unerträglicher und unumgänglich müßten ihre Folgewirkungen werden. Die Zeit scheint gekommen zu sein, daß diese Wahrheit auch vom Zentrum und von der Demokratie nicht mehr länger verkannt werden könne. — Die Tagung der Nationalversammlung, die Freitag stattfinden sollte, ist infolge der Krisis einstweilen verschoben worden.

Die Stellung der demokratischen Partei drückt sich in ihrer Erklärung zu den Angehörigen an die Gewerkschaften aus, die in der Nacht vom 19. zum 20. März gemacht wurden und zum Abbruch des Generalstreiks führten. Die Demokraten glauben der Durchführung dieser Forderungen nur dann beistimmen zu können, wenn die Reichsverfassung und die demokratische Gleichstellung aller Volksgenossen streng gewahrt bleiben, ebenso die Rücksicht auf die Notwendigkeit, die Produktion auf allen Gebieten zu steigern. Ferner werden gefordert noch vor den Neuwahlen zur Nationalversammlung: Entwaffnung und Bestrafung der am Staatsstreik Schuldigen, Demokratisierung und gründliche Reinigung der Verwaltung von gegenrevolutionären Persönlichkeiten; Auflösung der gegenrevolutionären militärischen Formationen, die der Verfassung nicht treu geblieben sind und ihrer Erziehung durch Formationen aus allen Kreisen der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung; Einziehung verfassungstreuer Führer; Einberufung der Sozialreformkommission.

Die Außenpolitik Frankreichs.

Der ewige Haß gegen Deutschland! Die Interpellation über die äußere Politik hat in der französischen Kammer mit einer großen Rede Barthous eingeleitet. Barthous sagte unter starkem Beifall manches scharfe Wort gegen Clemenceau, Lloyd George und Wilson. Nachdem er betont hatte, daß Frankreich keineswegs militärisch

sei, erinnerte Barthous an die Kritik, den der Vertrag von Versailles in der Kammer selbst während der Beratung über die Beschäftigung erfahren habe. Mit allen seinen Fehlern müsse der Vertrag ausgeführt werden sowohl im Interesse Frankreichs als auch im Interesse Deutschlands. Man habe das jedoch nicht gewagt. Die Frage der Auslieferung der Schuldigen wurde zuerst von Lloyd George für seine Wahlen in den Vordergrund geschoben. Bis zum Februar 1920 waren sämtliche Verbündete sich darüber einig.

Die Auslieferung

zu fordern, und England sowohl wie die anderen Verbündeten hatten zugestimmt, welche Personen sie ausgeliefert wünschten. Man müsse zugeben, daß es das Schlimmste sei, daß alle Entenoten von Clemenceau und Millerand unterzeichnet wurden, selbst wenn sie von England inspiriert waren, während die Konzeptionen von Lloyd George gezeichnet sind. Mit großem Nachdruck und unter starkem Beifall sagte Barthous, daß damit Lloyd George erst seine Vorteile als Politiker wahrgenommen und dann auch die Vorteile der Konzeptionen eingeholt habe. Diese Politik müsse ein Ende nehmen. Barthous sprach dann über die Demütigungen, die das französische Militär in Deutschland zu erleiden habe. Frankreich sei groß genug und noch hinreichend stark, um diese Beleidigungen nicht zu dulden. Es sei unmöglich, in dieser Angelegenheit die Entscheidung der Verbündeten abzuwarten. Dasselbe gelte für die Wahrung bezüglich der Nichtlieferung der zugesagten Kohlen. Weiter sagte Barthous, daß die Hilfe, die jetzt besteht, nicht durch Selbstverleugung und Stillschweigen behoben werde. Wo stehen wir, fragte er. Amerika hat den Vertrag nicht bestätigt. Das amerikanische Volk wird den Vertrag unterzeichnen, wenn es alle Umstände erfährt. Es wird dann auch in den Völkerbund eintreten. Wir haben noch immer nicht die Vorgesetzten, die Clemenceau gefordert hat. Was England angeht, so hat Cecil erklärt, daß England nichts in Europa bekommen hat. Das ist unrichtig. Es hat die Vernichtung der deutschen Flotte durchgesetzt, während man bei dem Waffenstillstand nicht die

Entwaffnung Deutschlands

zu Lande gefordert hat, wie man das bei der Türkei, Bulgarien und Dänemark verlangte. Nachdem sprach Barthous über Russland und setzte auseinander, daß man sich in der Politik gegenüber Rußland geirrt habe. Man unterhandeln alle Randstaaten mit Rußland, Italien und England und knüpfen Beziehungen an. Wahren wir unsere Interessen und unsere Autorität. Wir dürfen nicht zu spät kommen. Barthous schloß seine mit gewaltigem Beifall aufgenommene Rede mit der Erklärung, daß die Frankreich auferlegten Lasten ihm Rechte geben, die es geltend machen müsse.

Die Kämpfe im Ruhrrevier.

Wesel noch nicht gefallen.

Die Meldung der Zeitung der Roten Armee, daß Wesel bereits in ihren Händen sei, stellt sich als falsch heraus.